

Bank mit Geheimnis

von sasha chavkin, katrin langhans und karin steinberger, SZ, 16.4.15

Haqif Shala steht an dem Ort, an dem einmal sein Haus stand. Der Stein in der Wiese, gegen den er tritt, könnte ein Rest davon sein. Hier ist er aufgewachsen, das Haus hat er nach dem Krieg wieder aufgebaut. Er schaut hinein in das große, schwarze Loch, das sich dahinter auftut. Da unten kratzen sie ihn aus der Erde: Kosovos Reichtum. Kosovos Untergang. Das kann man so oder so sehen.

Da unten sieht es aus wie in Roland Emmerichs Katastrophenfilm "2012". Es ist ein staubiger, schwarzer, kilometerbreiter Schlund. Unter Haqif Shalas Heimatdorf Hade liegt das fünftgrößte Braunkohlevorkommen der Welt - 14,7 Milliarden Tonnen, sehr nahe an der Oberfläche, sehr niedrige Schwefelkonzentration.

Eigentlich ein Geschenk.

Haqif Shala arbeitet seit 1974 beim Kraftwerksbetreiber Korporata Energjetike e Kosovës (KEK). Er ist Schaufelradbaggerführer. Er selbst gräbt das Loch, in dem sein Haus verschwunden ist.

Bei schönem Wetter sieht man von hier, wie sich die Rauchsäulen der zwei Kraftwerke unten im Tal in den Himmel schrauben: Kosovo A und Kosovo B produzieren mehr als 95 Prozent der Energie dieses Landes. Der Dreck der zwei Kraftwerke liegt über Kosovo wie ein Leinentuch. Er hinterlässt einen schmierigen Film auf der Haut der Menschen und winzige Staubpartikel in ihren Lungen. Der Gestank der Kohle ist überall, er wabert durch Häuser, Büros, Schulen und schummrige Bars. Die Weltbank bezeichnet Kosovo A als "die größte punktuelle Quelle für Umweltverschmutzung in Europa".

Der Gesundheitsdirektor unten in der Stadt Obiliq sagt es auf seine Art: "Die Luft hier hat ein spezielles Aroma."

Von seinem Büro aus kann er Kosovo A sehen, ein gigantisches, rostiges Ungetüm, in den Sechzigerjahren gebaut, Kapazität, vor dem letzten Zwischenfall: 250 Megawatt. Dahinter die größte Mülldeponie des Landes, aus der Jahrzehnte hochgiftige Substanzen in den Erdboden suppten. Dazwischen ein Fluss, der bunte Schlieren zieht. Auf der anderen Seite der Stadt steht Kosovo B, zwanzig Jahre jünger, Kapazität momentan: 540 Megawatt.

Der Gesundheitsdirektor blättert in den Unterlagen, in denen der Tod aufgelistet ist: Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Asthmaanfälle, Kehlkopfkrebs, Lungenkrebs. In Obiliq werden 30 bis 40 Prozent mehr Atembeschwerden registriert als im Rest Kosovos. Und das in einem Land, in dem die Lebenserwartung ohnehin zehn Jahre unter der in der EU liegt. In einem Bericht 2010 gab die Weltbank an, dass in Kosovo durch Luftverschmutzung 835 Menschen vorzeitig gestorben sind und dass 310 neue Fälle von chronischer Bronchitis, 22 900 Atemwegserkrankungen bei Kindern und 11 600 Notfallaufnahmen direkte Folgen der Verschmutzung waren. Mehr als 100 Millionen Euro direkte Kosten errechnete die Weltbank. "Wir können das ja nicht stoppen", sagt der Gesundheitsdirektor und zeigt in den Himmel.

Das Gute in Obiliq ist: Es gibt Arbeit. Das ist in einem Land mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 35 Prozent, bei Jugendlichen von 55 Prozent, ein Grund zu bleiben. Andere sagen, man müsste die Stadt eigentlich evakuieren. Einig sind sich alle darin: Kosovo A muss stillgelegt werden. Das sollte bis 2017 passieren, mittlerweile glaubt keiner mehr daran. Die Regierung will das Kraftwerk erst abschalten, wenn die Versorgung mit Strom sichergestellt ist. Geplant ist, ein neues Braunkohlekraftwerk zu bauen, europäischer Standard, 600 Megawatt: Kosova e Re, New Kosovo. Die Leute nennen es Kosovo C.

Die Weltbank will eine Partial Risk Garantie über 58 Millionen US-Dollar für das neue Kohlekraftwerk finanzieren. Aber immer mehr Menschen fragen, warum dieses Geld nicht in den Ausbau alternativer Energien gesteckt wird. Oder in die Minimierung der Verluste im maroden Energienetz, in dem 37 Prozent verloren gehen. Der Vorwurf ist: Mit Kosovo C würde die Weltbank die Energiezukunft des Landes auf Generationen hin festlegen.

Der einflussreichste Entwicklungsfinanzierer der Welt, zu dessen Selbstverständnis es gehört, weder Mensch noch Umwelt Schaden anzutun, will in den klimaschädlichsten Energielieferanten investieren - in Braunkohle?

In einem von Frischluft durchwehten Büro am Rand von Priština sitzt Jan-Peter Olters, Leiter des Weltbankbüros in Kosovo, ein schmaler Mann. Er kennt die Fragen. Seit die Weltbank ein Kohlekraftwerk unterstützen will, muss er das verteidigen. Auch intern. Nach außen sowieso.

Die mächtige, reiche, große Weltbank, der größte Finanzier und Entscheider von Entwicklungsprojekten, einer der wichtigsten Akteure der Entwicklungspolitik, keine Bank im eigentlichen Sinn, sondern eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, 1944 in Bretton Woods gegründet, um den Menschen zu helfen. Nach außen ist die Weltbank ein vor Kraft strotzender Koloss, die Zentrale steht nur einige Minuten entfernt vom Weißen Haus, in der Eingangshalle der Slogan: "Unser Traum ist eine Welt ohne Armut." Es ist eine Bank, die zuallererst eine Aufgabe hat: die Armut zu bekämpfen durch nachhaltige Entwicklung. Sie vergibt günstige Kredite an Entwicklungsländer, damit die Schulen, Krankenhäuser oder Staudämme bauen können. Das ist die Idee. Aber die Legitimation der Weltbank wurde immer wieder infrage gestellt. Hans Magnus Enzensberger nannte sie einmal das "weiche Monster". Es gibt Kritiker, die sagen, dass sie die Armut in Entwicklungsländern eher verschärft und durch die Finanzierung ökologisch fragwürdiger Mammutprojekte oft maßgeblich an der Umweltzerstörung in Entwicklungsländern beteiligt ist.

Seit Jahren wiederholt die Weltbank mantraartig, dass sie ihre Politik geändert hat, sie verkündet immer wieder neue Prioritäten, neue Safeguards, neue Aktionspläne, eine neue Transparenz. Der Soziologe Jean Ziegler, der in seinem neuen Buch "Ändere die Welt" die Satellitenfunktion der Weltbank zur Wallstreet beschreibt, sagt: "Zur Zeit von Rogoff sollte schon alles besser werden, Weltbankpräsident Wolfensohn hat es versprochen. Das ist ein Ritual, wir hören das seit Generationen."

Das Reporterteam des Internationalen Konsortiums für Investigative Journalisten (ICIJ), zu dem NDR, WDR, *Süddeutsche Zeitung* und mehr als 50 Journalisten aus 21 Ländern gehören, hat fast ein Jahr lang mehr als 6600 Dokumente ausgewertet. Das Ergebnis: Die Weltbank versagt immer wieder darin, die zu schützen, die laut Statuten geschützt werden müssen: die Armen. Es gibt durch von der Weltbank und ihren Töchtern unterstützte Projekte Zwangsumsiedlungen, Landraub, Mord.

Im vergangenen Jahrzehnt haben bei 972 Weltbank-Projekten etwa 3,4 Millionen Menschen weltweit ihr Land verloren oder einen Teil ihrer Lebensgrundlage. Wahrscheinlich sind sogar weit mehr betroffen, da die Weltbank bei vielen Projekte überhaupt keine Zahlen hat. Zehntausende wurden von ihrem Land und aus ihren Häusern vertrieben, bei vielen genehmigten Projekten gab es nicht einmal einen Umsiedlungsplan, die Schutzmaßnahmen wurden oft nicht eingehalten. Die Weltbank gibt zu, dass es in vielen Fällen eine unzureichende oder überhaupt keine Dokumentation gab. Man wisse oft nicht einmal, wie viele Menschen umgesiedelt wurden und ob es ihnen in der neuen Siedlung gut geht. Ein interner Bericht belegt, dass Bankmitarbeiter in 60 Prozent der Fälle nicht dokumentierten, was aus den Umgesiedelten wurde.

Vertreibung auf Kredit: Das System Weltbank

Schadet die Weltbank also oft genau den Menschen, denen sie eigentlich helfen soll? Und: Weiß sie es nicht einmal?

Konfrontiert mit den Recherchen des ICIJ, gestand die Weltbank schwere Fehler ein. Viele Projekte seien schlecht oder gar nicht dokumentiert worden. "Wir haben unsere Arbeit in diesem Bereich kritisch untersucht, und was wir herausgefunden haben, erfüllt mich mit großer Sorge", sagte Weltbankpräsident Jim Yong Kim, und sein Pressesprecher meinte: "Wir müssen und wir wollen es besser machen."

Besser als in Lagos, Nigeria, wo die Regierung einen Slum ohne Vorwarnung mit Bulldozern niederwalzen ließ? Schwer bewaffnete Polizisten stürmten am 23. Februar 2013 Badia East. "Wenn euch euer Leben lieb ist, verschwindet hier", schrien sie unter flirrend weißem Himmel. Die Menschen packten, was sie in die Hände bekamen, und sahen zu, wie ihre Häuser zertrümmert wurden. 9000 Menschen standen zwischen den Resten ihres Lebens, ohne Dach über dem Kopf, ohne Heimat, viele lebten dann auf der Straße, wurden krank, Malaria, Typhus. Es gab keine Vorwarnung, Entschädigungen wurden, wenn überhaupt, erst Monate später bezahlt.

Stadterneuerung, zur Bekämpfung der Armut, finanziert von der Weltbank?

Es war nicht das erste Mal, dass die Stadtverwaltung von Lagos ganze Stadtteile wegbaggern ließ. 200 Millionen US-Dollar zahlte die Weltbank für das "Lagos Metropolitan Development and Governance Project". Man sei nicht Teil der Zerstörung gewesen, sagte die Weltbank, und man hätte die Stadtregierung beraten in Sachen Entschädigung, für zukünftige Projekte.

In dem kleinen Küstenort Jale in Albanien wurden an einem Aprilmorgen 2007 die Häuser der ärmlichen Bewohner geräumt. Die Weltbank hatte eine Strandsanierung mit einem 17,5 Millionen-US-Dollar-Kredit unterstützt, die Regierung beauftragte den Schwiegersohn des damaligen albanischen Ministerpräsidenten Sali Berisha. Die Behörden ließen den Strand mit Weltbankgeld räumen, um Platz zu schaffen für ein Touristen-Resort.

Strandsanierung?

Damals sagte der Weltbankchef Robert Zoellick: "Die Bank darf Derartiges nie wieder geschehen lassen." Mitte der Neunzigerjahre stand in einem Weltbankbericht, dass in acht Jahren 2,5 Millionen Menschen wegen Weltbank-Projekten ihr Land verlassen mussten, viele von ihnen unfreiwillig. Vielen ohnehin armen Völkern, stand da, ginge es "schlechter als zuvor".

Nie wieder? Wenn das Exekutivdirektorium der Weltbank dem Bau von Kosovo C zustimmt, verstößt die Bank dann nicht auch gegen die eigenen Umweltstandards?

"Nein", sagt Jan-Peter Olters, "genau aus diesem Grund wird derzeit eine Umweltverträglichkeitsstudie erstellt, um sicherzustellen, dass dies eben nicht der Fall sein wird." Grundsätzlich unterstütze die Weltbank nur in Ausnahmefällen Kohleprodukte, sagt Olters. Nur dann, wenn es keine wirtschaftlich machbaren Alternativen gebe, um Energie-sicherheit zu garantieren. Und es werden ja auch viele andere Projekte gefördert. Die offenen Aschedeponien in Obiliq seien verschwunden, die Weltbank finanziere Energieeffizienzprojekte, Agrikulturprojekte, Infrastrukturprojekte, Projekte in den Bereichen Kataster, Finanzsektor, Bildung, Gesundheit, es wurden Optionsstudien und Umweltstudien und Sozialverträglichkeitsstudien in Auftrag gegeben, Olters spricht vom Social Impact Assessment und vom Strategic Framework on Development and Climate Change (SFDC), der die sechs Ausnahmen genau definiere. Manchmal verhaspelt sich Jan-Peter Olters in den Wortungetümen, die er da in die Landschaft stellt.

Er sagt, die Weltbank könne Kohlekraftwerke unterstützen, wenn es keine Energiealternativen gibt und Energie einen signifikanten Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes habe. Und, sagt Olters, wenn es von Seiten der Regierung und der Bevölkerung den Willen gebe. Außerdem: "Wir bauen hier nicht ein weiteres Kraftwerk. Was wir versuchen, ist, dass wir das störanfällige, umweltverschmutzende und allgemein völlig veraltete Kraftwerk mit einem neuen ersetzen können, das modernste Umweltstandards erfüllt. Das ist ein kleiner Unterschied."

Jan-Peter Olters holt eine bunte Broschüre aus dem Regal: The World Bank Group in Kosovo, Oktober 2014. In den Tabellen und Statistiken scheinen vor allem zwei Dinge zu steigen: die Arbeitslosenzahlen und der Energiebedarf. Ach ja, und man unterstütze Kosovo bei der Umsetzung des Resettlement Action Plans.

"Die Weltbank", knurrt Haqif Shala. Er steht in Hade vor den Resten seines Hauses. Er fühlt sich von dieser Weltbank genauso verraten wie von der Regierung und von KEK. Hade hat keinen Supermarkt mehr, keinen Bäcker, alles weg. Die Häuser, die noch stehen, haben tiefe Risse, der Bus kommt nur noch selten. Der Ort ist weder tot noch lebendig. Die einen wurden umgesiedelt, die anderen nicht. Und mit Kosovo C wird es ja weitergehen, das Loch wird wachsen. Shala wohnt mit seiner Familie ein paar Kilometer weiter, in New Hade. Auch dieser Ort ist weder tot noch lebendig.

In der Hand hält Shala den Vertrag seiner Umsiedlung vom 17. März 2011. Er hat ihn unterschrieben, weil die Bagger schon so nah waren, dass er das Kratzen unter seinem Haus spüren konnte. Eine Woche gab man ihm, um sein Haus zu räumen. Auch damals bekam jeder eine schöne, bunte Broschüre, in der neue Häuser und eine Moschee und eine Schule und asphaltierte Straßen eingezeichnet waren. Eine perfekte Welt, grün, sauber und angeschlossen. Der Himmel strahlend blau: New Hade.

Am 15. Januar 2012 verließ er mit Frau und fünf Kindern das Elternhaus. Wenn er lacht, sieht Haqif Shala aus wie der kleine Bruder von Lino Ventura. Er lacht jetzt, weil er an all die Versprechen denkt, die man ihnen gegeben hat. Und die Weltbank? "Die hat einfach geglaubt, was ihr die Regierung und KEK gesagt haben."

Dann geht Shala zu einem ehemaligen Nachbarn, das Haus hat Risse, aber immerhin: Es steht noch. Der Nachbar sagt, dass man den Ort auseinandergerissen habe, damit sie einzeln kämpfen, nicht zusammen. Auch der Nachbar arbeitet für KEK. Sein Arbeitgeber macht Strom, aber in seinem Haus gibt es nur sehr selten Strom, Wasser fließt auch nur noch ein paar Stunden am Tag. Seine Familie hat es satt, in dieser Blase zu wohnen, in diesem Leben auf Abriss.

Dass sie von der Regierung nichts erwarten können, wissen die Menschen in Hade. Aber dass die Weltbank nicht hilft, das begreifen sie nicht. Im vergangenen Fiskaljahr lag das Finanzvolumen der Weltbankgruppe bei 65,6 Milliarden US-Dollar. Hier in Hade, sagen die Leute, könnte die Weltbank Armut bekämpfen. Und wenn sie Kosovo bei der Umsetzung des Resettlement Action Plans unterstützt, warum sorgt sie nicht dafür, dass er eingehalten wird? Was für ein Plan soll das sein, wenn sie nicht mal wissen, wie viele Menschen umgesiedelt werden und wurden? 6000 oder 7000?

Interaktive Karte: Menschenrechtsverletzungen der Weltbank



Shala jedenfalls habe diesen Jan-Peter Olters erst einmal gesehen, von Weitem, sagt Shala. Vor Kurzem hat er gefragt, warum Olters nicht zu ihnen kommt und erklärt, wieso die Vereinbarungen nicht gehalten werden. Einen Anwalt könne sich hier keiner leisten, aber ist die Weltbank nicht der Anwalt der Armen?

Drei Jahre lang hat Haqif Shala auf sein Haus in New Hade gewartet, man werde Miete und Essen bis zum Einzug bezahlen, steht im Vertrag, aber die letzten fünf Monate hat niemand mehr etwas bezahlt. Man hat ihm gesagt, dass alles fertig ist, wenn er einzieht. Als er am 1. November 2014 einzog, stand das Haus einsam im Geröll, die Anschlüsse hat er selber gelegt, Wasser, Strom, auf eigene Kosten. Viel Geld für jemanden, der wenig hat. Die paar Nachbarhäuser sind fast alle leer. Schule, Krankenhaus, Moschee? "Ich sehe nichts!" Ein paar einbetonierte Trafos stehen mitten in den Einfahrten. Mit dem Auto kann man jedenfalls nicht in die Garagen.

Resettlement Policy Framework? Shala weiß nur: "Die Weltbank hilft uns nicht."

Knud Vöcking von der Menschenrechtsorganisation Urgewald beschäftigt sich seit 13 Jahren mit der Weltbank, er sagt: "Die Weltbank hat eigentlich gute Umsiedlungsstandards. Aber, was nützen schöne Pläne, wenn man sie nicht umsetzt? „

Hat das Versagen also System?

In Kambodscha und Laos, wo die Weltbank über ihre Tochter International Finance Corporation (IFC), die nicht staatliche Vorhaben, sondern private Unternehmen finanziert, den vietnamesischen Konzern Hoang Anh Gia Lai (Hagl) mit 16,4 Millionen US-Dollar finanziert hat. Tausende Hektar Land sollen illegal gerodet, Ureinwohner von ihrem Land

vertrieben worden sein. 2014 reichten die Betroffenen eine Beschwerde bei der Weltbank ein. "Wir wollen, dass die Weltbank weiß, dass ihr Geld benutzt wird, um unser Leben zu zerstören", sagt Sal Hneuy, einer der betroffenen Indigenen aus Kambodscha. "Wir befürchten, dass bald kein Land mehr für uns übrig sein wird und dass wir unsere Identität verlieren. Glaubt die Weltbank, dass das Fortschritt ist?"

Oder in Honduras, wo die IFC den Palmölgiganten Dinant unterstützte, obwohl bei der Bewilligung des 30-Millionen- Euro-Kredits 2009 bereits bekannt war, dass sich Dinant-Besitzer Miguel Facussé Barjum, einer der reichsten Geschäftsleute in Honduras, das Land vieler Familien vom Volk der Garifuna unrechtmäßig angeeignet haben soll. Mehr als 100 Menschen sollen bei den Auseinandersetzungen im Bajo Aguán Tal ermordet worden sein. 15 Millionen US-Dollar wurden ausgezahlt, weitere 15 Millionen zurückgehalten.

Oder in Äthiopien, wo die Weltbank seit 2006 ein Bildungs- und Gesundheitsprojekt mit knapp zwei Milliarden US-Dollar mitfinanzierte. Ein Teil des Geldes wurde von der äthiopischen Regierung für ein Umsiedlungsprojekt zweckentfremdet. Menschen, die sich weigerten, wurden verprügelt, vergewaltigt oder ermordet. Tausende vom Volk der Anuak flohen und leben noch heute in Flüchtlingslagern im Südsudan. Die Weltbank bestritt eine Verbindung zwischen den Projekten, aber ein internes Prüfungsgremium sah eine "operative Verbindung" zwischen den Programmen.

Oder in Indien, wo ein Ombudsmann der IFC feststellte, dass nicht genug gemacht wurde, um die Fischer einer ohnehin unterdrückten Minderheit zu beschützen, die im Schatten des großen Tata-Mundra-Kohlekraftwerks im Golf von Kutch leben. Durch heißes, verseuchtes Abwasser sei der Fischbestand stark zurückgegangen. Die Lebensgrundlage der Fischer wurde zerstört. IFC lieh Tata Power, einem der größten Energieunternehmen Indiens, 450 Millionen US-Dollar für den Bau des Kraftwerks. Mit der Zustimmung von Weltbankpräsident Jim Yong Kim hat das IFC-Management viele der Beanstandungen des Ombudsmanns abgelehnt und die Aktionen des Klienten verteidigt.

Jan-Peter Olters sitzt in seinem Büro in Kosovo und sagt: "Vor Ort und durch unsere Expertenteams überprüfen wir regelmäßig, ob und inwieweit Versprechen bei der Umsiedlung in Hade eingehalten werden. Die betroffenen Familien sollten nach der Umsiedlung nicht schlechter gestellt sein." Und: "Die Weltbank befindet sich in einem ständigen Dialog mit den Verantwortlichen und den Betroffenen." Haqif Shala lacht: "Der will uns doch nicht mal treffen."

Die Weltbank unterstützt also das Kohlekraftwerk auch, weil es von Seiten der Regierung und der Bevölkerung den Willen gibt? "Ach!", sagt Jeta Xharra, klein, laut, angriffsbereit. In ihrem Büro in Priština, gleich bei der Universität, sitzt ganz offensichtlich ein Teil der Bevölkerung, von dessen Seite es definitiv nicht den Willen gibt, ein neues Kohlekraftwerk zu bauen.

Seit Jahren versucht das Kosovo Civil Society Consortium for Sustainable Development (KOSID), den Bau von Kosovo C zu verhindern. Sie fordern, dass man Kosovo B nachrüstet, sie sind überzeugt, dass man den Rest mit sehr effizienten und rigorosen Energiesparmaßnahmen reinholen könnte. Es sind junge Menschen, sehr ernsthaft, sehr informiert, sehr wütend. Vor ihnen liegen bergeweise Argumente.

Zum Beispiel die Studie von Daniel Kammen, Professor an der University of California, er hat vorgerechnet, dass Kosovo 34 Prozent seiner Energiebedürfnisse aus erneuerbarer Energie decken könnte. Damit würde man 60 Prozent mehr Jobs generieren als mit einem Kohlekraftwerk. Von enormen Kosteneinsparungen schreibt der Berkeley-Professor im

Gegensatz zu Kosovo C. Und er schreibt, dass das Braunkohlekraftwerk ein „verheerendes Vermächtnis“ wäre für dieses junge Land.

"Es würde uns für weitere 40 Jahre an dreckige Energie binden", sagt Visar Azemi, Direktor von Kosid, sehr smart, sehr gutes Englisch. "Der Preis für Elektrizität wird drastisch steigen, wenn Kosovo C gebaut wird, das wird zu sozialen Spannungen führen, weil sich die Menschen den Strom nicht mehr leisten können. Kohle ist einfach nicht mehr die billigste Lösung."

Jeta Xharra nickt, sie kennt die Folgekosten der Kohle. Sie ist Journalistin, Mutter von zwei Kindern, sie wohnt in Priština, zehn Kilometer von den Kohlekraftwerken entfernt. Als Weltbankpräsident Jim Yong Kim zur Begründung für den Bau von Kosovo C sagte, dass man die Menschen in Kosovo nicht erfrieren lassen könne, hätte sie ihn gerne in ihrer Fernsehsendung gehabt und gefragt, wo die Leute denn sein sollen, die hier erfrieren?

Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Man behandle sie wie kleine Kinder. So vieles ist undurchsichtig, lange war nicht klar, wie viele Bewerber es für den Kraftwerkbau gibt, momentan wohl noch einen: ContourGlobal. Auch das wäre gegen die Vergaberechte, sagt Azemi. Und die Technik, die sie nutzen wollen, sei "suboptimal, Effizienz 37 Prozent, eine sehr alte Technologie".

Sie haben hier viele Fragen. Es sind Fragen, die im März auch in einer kleinen Anfrage im Bundestag gestellt wurden: Unterstützt die Bundesrepublik das Braunkohleprojekt Kosovo C? Immerhin ist Deutschland der viertgrößte Geldgeber nach Großbritannien, den USA und Japan. Die deutschen Steuerzahler bezuschussen die Weltbank alle drei Jahre, zuletzt 2014 mit 1,6 Milliarden Euro. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) beteiligen sich jährlich mit mehreren Millionen an Weltbank-Projekten.









Ist Braunkohle Kosovos Reichtum - oder Kosovos Untergang? Der Dreck der Kraftwerke Kosovo A... Foto: Karin Steinberger

Das Logo der KfW: Bank aus Verantwortung. Deutschland hat einen Sitz im Exekutivdirektorium der Weltbank, ein Gremium, das über mehr als 600 Projekte im Jahr abstimmt. Das Entwicklungsministerium bestätigt, dass Deutschland eine "herausgehobene Stellung" und "großen Einfluss" auf Entscheidungen der Weltbankgruppe habe. Zwar können ablehnende Voten noch kein Projekt verhindern, aber sie wären ein deutliches Zeichen. Seit Ende 2013 lehnte Deutschland ein einziges Projekt ab.

Die Bank entscheidet selber, wo sie Regeln einhält und wo nicht. Das klingt etwas selbstherrlich

Natürlich gibt es auch viele von der Weltbank finanzierte Projekte, bei denen niemand vertrieben wird, aber die Anzahl der Projekte, bei denen Menschen umgesiedelt werden, steigt rapide. Es werden immer öfter Megaprojekte gefördert, Staudämme, Ölpipelines, bei denen es dann gleich um Zehntausende Menschen geht, die alles verlieren, ihre Heimat, ihren Job, oft auch ihre Gesundheit. In den Richtlinien der Weltbank steht, dass Menschen nur umgesiedelt werden dürfen, wenn die Lebensbedingungen in der neuen Siedlung genauso gut oder besser sind. Sozial- und Umweltstandards sollen die Rechte indigener Völker schützen und sicherstellen, dass Betroffene in Umsiedlungsprozesse mit einbezogen werden, seit drei Jahren überarbeitet die Weltbank die sogenannten Safeguards. Der Prozess begann kurz nachdem Jim Yong Kim 2012 Robert Zoellick als Weltbankpräsident ablöste.

Die Erwartungen an Kim waren groß, endlich kein Banker, kein Politiker, sondern ein Mann, der sich in Afrika gegen Aids engagierte und auch schon selbst gegen die Weltbank demonstrierte. In Südkorea geboren, in den USA aufgewachsen, er redete voller Leidenschaft von einer neuen Kultur der Zusammenarbeit mit den Menschen. Er versprach strengere Kontrollen und Kreditvergaben, die mehr auf die Klienten zugeschnitten werden sollten. Als der erste Entwurf der Safeguards vorlag, liefen 318 Organisationen Sturm. Oxfam und Amnesty International schrieben: "Die neuen Regeln würden 30 Jahre Schutzpolitik zunichte machen."

Die Safeguards umfassen nur einen Teil der Projekte, die Rechte der indigenen Völker können umgangen werden, das Board kann Projekte genehmigen, bei denen noch unklar ist, wer umgesiedelt werden muss. Die Papiere sind voller schwammiger Formulierungen. "Angemessen" steht da, oder: "Wo es technisch und finanziell möglich ist." Das lässt vor allem eines - viel Spielraum. Die Bank entscheidet selbst, wo sie die Regeln einhält und wo nicht. Das klingt, um es freundlich zu sagen, einigermaßen selbstherrlich. Und die Verantwortung? Trägt der Kreditnehmer.

Knud Vöcking von Urgewald sagt dazu: "Die lange Latte von Ausnahmen verwandelt das sichere Netz eigentlich nur noch in Löcher. Verwässert die Weltbank die Regeln, lockern auch andere Entwicklungsbanken ihre Schutzmaßnahmen, weil sie sich an der Weltbank orientieren." Dann geht es plötzlich um Milliarden Menschen.

Jean Ziegler sagt: "Es ist doch die totale Symbiose zwischen Weltbank und Wallstreet."

Nichtregierungsorganisationen kritisieren schon lange, dass die Strukturen der Weltbank eher darauf ausgelegt seien, Profit zu fördern. Die Konkurrenz wird immer härter, es drängen andere Entwicklungsbanken auf den Markt, die viel schlechtere Sozialstandards haben. Von einem "race to the bottom" ist die Rede, einem Rennen Richtung Abgrund. Schon in einem Weltbankreport 1992 war die Rede von der *pressure to lend*. Das Geld muss abfließen. "Die Mitarbeiter der Bank werden nicht danach bewertet, wie gut die Projekte sind, sondern wie schnell sie möglichst viel Geld aus dem Haus schaffen", sagt Knud Vöcking.

Uwe Kekeritz, Sprecher für Entwicklungspolitik von Bündnis 90/Die Grünen, sagt: "Ich sehe dahinter ein strukturelles Problem. Die Weltbank hat zu viel Geld. Sie muss dieses Geld investieren. Und die Konkurrenz steigt. Sie sind auf dem Markt einfach gezwungen, ihr Geld loszuwerden."

Und Jean Ziegler, der die World Trade Organisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gerne als die "drei apokalyptischen Reiter des Hungers" bezeichnet, sagt: "Es ist doch die totale Symbiose zwischen Weltbank und Wallstreet. Es ist keineswegs die Bank der Armen, es ist die Bank, die die Infrastruktur in den ärmsten Ländern für die Großkonzerne finanziert."

Bekannt ist: Viele Projekte helfen weder Armen noch der regionalen Wirtschaft, oft profitieren Großunternehmen. Auch die deutsche Wirtschaft. Im vergangenen Jahr lag das Auftragsvolumen deutscher Unternehmen in Weltbank-Projekten bei mehr als 300 000 US-Dollar. Viele, die bei Beschwerdegremien Klage eingereicht haben, gingen leer aus. Das Management allein entscheidet, ob es Prüfergebnisse anerkennt und Entschädigungen zahlt oder nicht. 77 Prozent der Mitarbeiter in der Weltbankgruppe sagen, dass das Management Bemühungen um die Einhaltung der Schutzmaßnahmen "nicht wertschätzt". Da sitzen sie also, die Aktivisten von Kosid, im Gestank der Kohle. Sie haben Zahlen, sie haben Argumente, sie wollen reden über die Zukunft Kosovos. Lange hat man ihnen nicht einmal gesagt, was für eine Technik in Kosovo C eingebaut werden soll. Jeta Xharra atmet jetzt hörbar auf: "Die beste, die es gibt, haben sie uns gesagt. Und wir sollen glücklich sein. Lasst mich klarstellen, wie ich mich fühle, wenn ich mit diesen Leuten spreche. Wir sind die Zigeuner Europas, und wir Dritte-Weltldioten wollen einen Ferrari. Aber wir sollen glücklich sein mit dem, was auch immer sie uns hier hinstellen."

Mitarbeiter: Giulia Afiune, Jeanne Baron, Ben Hallman, Michael Hudson, Jacob Kushner, Anthony Langat, Besar Likmeta, Friedrich Lindenberg, Musikilu Mojeed, Cécile Schillis-Gallego, Shane Shifflett, Elisabeth Weydt, Barry Yeoman.